

# **Kirche und Gesellschaft**

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 147

## **Grüne Schul- und Bildungspolitik**

– Abschied von der Erziehung?

von Gerd Hepp

Verlag J.P. Bachem

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die  
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle  
Viktoriastraße 76  
4050 Mönchengladbach 1

**Redaktion:**  
**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**  
**Mönchengladbach**

Von der Bildungspolitik der Grünen ist noch nicht lange die Rede, auch nicht bei den Grünen selbst. Die Themen Umwelt und Frieden, mit denen die Grünen ihre spektakulären Wahlerfolge errungen haben, standen bislang geradezu monopolartig im Vordergrund. Ein Wandel zeichnet sich hier erst seit Mitte der achtziger Jahre ab. Die konkrete Arbeit in Kommunal- und Landesparlamenten sowie der Zwang, in Wahlkämpfen mit umfassenden programmatischen Aussagen vor den Wähler zu treten, tun ihre Wirkung. Immer mehr sind die Grünen gezwungen, auch auf ihnen bislang weniger vertrauten Politikfeldern grüne Farbe zu bekennen und kohärente, in sich schlüssige Politikrezepte vorzulegen. Dies gilt insbesondere auch für die Bildungspolitik, die sie als „Kampf um die Köpfe“ erst seit wenigen Jahren als strategische Zukunftsaufgabe entdeckt haben. Bildungs- und Schulpolitik wird dabei, neben anderen Politikfeldern, als Vehikel für Gesellschaftsveränderungen verstanden. In unverhüllter Deutlichkeit heißt es hierzu einleitend im Wahlprogramm der GAL Hamburg aus dem Jahre 1986: „Bildung ist eine grundlegende Voraussetzung für Emanzipation, für Befreiung aus Abhängigkeit. Wir Grünen bekennen uns daher offen zu einer Bildung, die eine soziale, demokratische und ökologische Umwälzung der Gesellschaft fördert“<sup>1</sup>).

### **Probleme der Darstellung**

Allerdings fällt es schwer, von grüner Bildungspolitik ein einheitliches Bild zu zeichnen. Bildungspolitik ist zunächst länderspezifisch akzentuiert. Hierzu kommt im Falle der Grünen das bunt alternative Bild einer Partei, die sich primär als Dach der verschiedenen neuen sozialen Bewegungen bzw. der Protestbewegung, also insbesondere der Bürgerinitiativbewegung, der ökologischen Bewegung, der Frauenbewegung, der Friedensbewegung und der Alternativbewegung begreift. Hinzu kommt ferner die ideologische Scheidelinie zwischen Ökosozialisten, Radikalökologen, Reformökologen und Realpolitikern. Bei so viel Buntheit und Vielfalt kann deshalb auch von „der“ grünen Bildungspolitik nicht die Rede sein. So gibt es von Land zu Land inhaltliche und taktische Abweichungen, unterschiedliche Akzentuierungen, mehr oder weniger Radikalität in den Forderungen. Trotz dieser integrativen Defizite bieten die schul- und hochschulpolitischen Verlautbarungen der Grünen genügend Stoff, um die übergreifenden Umrisse einer grünen Bildungscharta zu skizzieren. Bei diesem Versuch stütze ich mich auf das Bundesprogramm, auf aktuelle programmatische Äußerungen der Landesverbände sowie auf einige neuere, in Broschüren- oder Buchform erschienene Publikationen<sup>2</sup>). Um die Darstellung zu systematisieren, konzentriert sich diese jeweils auf zentrale Problembereiche. Grüne Kritik am bestehenden Schul- und Hochschulsystem und grüne Alternativvorschläge werden hierbei parallel betrachtet. Abschlie-

Bend soll in Thesenform, weniger in detaillierter als vielmehr in grundsätzlicher Weise, Stellung bezogen werden.

## **I. Schule und Schulpolitik**

### *1. Allgemeines Bildungsziel, Funktion der Schule*

Hier gilt es zunächst die Feststellung zu treffen, daß die Grünen – und dies gilt durchweg für alle untersuchten Bereiche – dem bestehenden Schulsystem keinerlei positiven Momente abgewinnen können. Die Negativbeschreibung ist grundsätzlicher Art, ja häufig sogar total. Repräsentativ für diese Sicht der Dinge mag ein Zitat aus dem hessischen Landesprogramm der Grünen stehen. „Die Schule als institutionalisierte Bildung ist heute in der gleichen tiefgreifenden Krise wie die Gesellschaft, deren Ausdruck sie ist. Schule ist unwirklich, grau, wie Fernsehen unverbindlich flach und steht gleichzeitig für Schulstreß, Noten und Konkurrenzangst. Die Schule macht aus den Gehirnen der Kinder geistige, seelische und soziale Kolonien der Industriegesellschaft. Das Ergebnis ist Anpassung, Aggressivität verbunden mit fast apathischer Passivität. Das Gefühl der absoluten Sinnlosigkeit, das immer wieder Schüler zum Selbstmord treibt, ist ein Krankheitszeichen des Bildungssystems. Dies wird auch dadurch deutlich, daß immer mehr Schüler zu Drogen greifen. Die Biographien der meisten Schüler zeigen, daß das bestehende Schulsystem sich in einem Zustand befindet, in dem es nicht mehr reformierbar ist. Mit dem Eintritt in die Schule beschleunigt sich der Prozeß der Entfremdung, der zu einer Zerstörung der menschlichen Fähigkeiten wie Kreativität, Sinnlichkeit und sozialem Handeln führt“<sup>3)</sup>.

Zustandsbeschreibungen dieser Art sind bildungspolitisches Allgemeingut der Grünen. Der real existierenden Schule geht es aus dieser Sicht nicht um die Förderung der personalen Entfaltung, sondern um Erziehung zu unkritischer Anpassung, Unmündigkeit, Duckmäusertum und Fachidiotentum. In der entfremdeten Industriegesellschaft, so die Argumentation, diene die Schule einseitig und ausschließlich den Interessen der Mächtigen und Herrschenden in Staat und Wirtschaft. „Schule betreibt Selektion, Elitebildung und Marktvorbereitung im Sinne passender Zurechtmachung von Schülermaterial für industriegesellschaftlich funktionale Abläufe“<sup>4)</sup>. Die Schule ist nicht nur Spiegel der „inhumanen und zerstörerischen Industriegesellschaft“, sie trägt durch die Vermittlung entsprechender Ziele, Inhalte und durch ihre Strukturen, als einer Art heimlicher Lehrplan, zu deren Perpetuierung bei. Dem stellen nun die Grünen ihrerseits das Konzept einer „Erziehung der Gesamtpersönlichkeit“ gegenüber. Stellenweise ist in diesem Zusammenhang auch von Erziehung zu einem „allseits gebildeten Menschen“ oder einem „ganzheitlichen Menschen-

bild“ die Rede. Dies setzt in der Sicht der Grünen zunächst die Erziehung zu einem autonomen, sich selbst frei bestimmenden und emanzipierten Individuum voraus, in der für staatliche Gängelung und ökonomische Verwertungsstrategien kein Raum bleiben darf. Darüber hinaus gehört zum Erscheinungsbild der Gesamtpersönlichkeit „die geistige, soziale und ethische Bildung und auch die Entwicklung der praktischen, körperlichen und insbesondere der schöpferischen Fähigkeiten, die der seinem Wesen nach auf Kreativität ausgelegte Mensch braucht. Dazu gehört auch die Erziehung zu ökologisch bewußtem, sowie zu sozialem und demokratischem Handeln, zu Solidarität und Toleranz gegenüber Mitmenschen und Völkern“<sup>5</sup>).

## *2. Lernziele, Lerninhalte und Unterrichtsgestaltung*

Die programmatischen Schriften der Grünen enthalten keinen geschlossenen Lernziel- oder Lerninhaltskatalog. Nach einem grünen Lehrplan z. B. wird man vergeblich Ausschau halten. Einig ist man sich primär wiederum in der pauschalen Ablehnung des Bestehenden. Eine Systematisierung grüner Lernziele oder Lerninhalte ist deshalb nur möglich, indem man die in den einzelnen Schriften bruchstückhaft verstreuten diesbezüglichen Hinweise gewissermaßen addiert. Ausgehend von der Prämisse, daß Leben und Überleben höchste Werte darstellen, stehen bei den Lernzielen zunächst die Vermittlung eines „differenzierten ökologischen Bewußtseins“ und die „Erziehung zur Friedensfähigkeit“ im Vordergrund. Dabei sollen die Schüler zu einem Denken in „vernetzten Systemen“ befähigt werden, um so das Verständnis von ökologischen Kreisläufen und sozialen Zusammenhängen und Gegensätzen zu fördern<sup>6</sup>). Friedenserziehung dürfe nicht länger wie im Falle von CDU-Kultusministern zur militaristischen Propaganda in den Schulen mißbraucht werden<sup>7</sup>). Stattdessen wird eine „echte“ oder „wahrhafte“ Friedenserziehung gefordert, die voraussetzt, daß das „unbegründete Feindbild des Weltkommunismus“ oder auch innergesellschaftliche Feindbilder im Falle von Minoritäten, Randgruppen oder vor allem Homosexuellen, abgebaut werden. Da der Schüler zu einem selbstbestimmten Individuum erzogen werden soll, wird natürlich der schulischen Vermittlung von traditionellen Sekundärtugenden wie Leistungsorientierung, Pflichtbewußtsein, Disziplin und Ordnung eine strenge Absage erteilt. Der Schüler solle vielmehr zu demokratischem und sozialem Verhalten, aber auch dazu erzogen werden, seine eigenen Interessen zu erkennen und durchzusetzen.

Diesen Lernzielen sind nun mehr oder weniger systematisch verschiedene Lerninhalte zugeordnet. Sie bieten zugleich ein getreues und buntes Abbild der unterschiedlichen Strömungen und Bewegungen, die hinter den Grünen stehen. Gelehrt werden sollen vor allem Themen, die das Problem Leben und

Überleben tangieren, sowie solche „kritisch aufklärenden“ Charakters. Neben den durchgängig dominierenden Themen Ökologie und Frieden, werden so genannt: die Medienerziehung, der Problembereich Dritte Welt, die Gesundheitserziehung, die Auseinandersetzung mit patriarchalisch bestimmten geschlechtsspezifischen Rollenklischees sowie die kritische Beschäftigung mit modernen Technologien, wie der Computer-, Atom-, Gentechnologie oder der Biochemie. Im letzteren Fall ist das gebrochene Verhältnis der Grünen zur Moderne, zu Wissenschaft und Fortschritt, zur vielkritisierten „instrumentellen Vernunft“ ursächlich für das Bemühen, mit Entschiedenheit eine „kritiklose Akzeptanzschulung“ zu verhindern. Daneben verlangen die Grünen eine stärkere Betonung der musisch-kreativen Lehrinhalte oder auch die Gleichwertigkeit geisteswissenschaftlicher, naturwissenschaftlicher und berufsbezogener Fächer.

Besonders progressiv und einfallsreich erweisen sich die Grünen in Berlin. Sie fordern nicht nur ein besonderes Unterrichtsfach „Organisationslehre“, dessen Aufgabe „im Erlernen sinnvollen Umgangs mit staatlichen Behörden und Institutionen sowie der Selbstverteidigung gegenüber diesen Einrichtungen bestehen soll“<sup>8</sup>). Sie betonen wie andere Landesverbände auch die Wichtigkeit des Themas Sexualität im Unterricht. „Wir achten es“, so heißt es im Wahlprogramm von 1985, „als ungemein wichtig, daß Schüler in der Schule lernen, wie wichtig und schön es ist, miteinander zu schlafen. Ferner fordern wir eine umfassende Aufklärung über Verhütungsmittel, deren kostenloses Angebot für alle Schüler, Studenten und Auszubildende“<sup>9</sup>).

Massive Kritik üben die Grünen auch an der Unterrichtsgestaltung. Die Schule, so lautet der Vorwurf, orientiere sich hier ausschließlich an den Interessen von Staat und Wirtschaft, nicht aber an denjenigen der Schüler. Wenn man eine demokratische und humane Schule wolle, setze dies die absolute Priorität der Schülerinteressen voraus. Nicht Funktionalisierung für entfremdete Zwecke, sondern individuelle Förderung müsse pädagogisches Leitprinzip sein. Für die Grünen gilt es, die bestehende Asymmetrie zwischen Lehrer und Schüler umzukehren. Ein schülerzentrierter Unterricht soll angstfreies und selbstbestimmtes Lernen ermöglichen, Freiräume schaffen und dadurch auch noch Spaß machen. „Wir wollen Schulen, in denen Lernen eine Lust ist“, verlangen die Grünen in Berlin<sup>10</sup>). Die Schüler sollen nicht nur bei der Auswahl der Lerninhalte, sondern auch bei der Organisation der Lernprozesse, die möglichst projektorientiert ablaufen sollen, mitbestimmen können. Gegen die „inhumane Arbeitsteilung in der Industriegesellschaft“ ist die Forderung nach Aufhebung der Trennung von Schule und Arbeitswelt gerichtet. „Die Schüler müssen aus der Schule raus, lebendige Wirklichkeit in die Schule rein“, heißt es im Bundesprogramm<sup>11</sup>). Ausgehend von einer ganzheitlichen Pädagogik wollen die Grünen auch die Trennung von Schule und Freizeit, d. h. letztere in der Ganztagschule als Regelschule, aufgehoben wissen. Vor allem aber orien-

tieren sich die Grünen an der bunten Vielfalt der freien bzw. der Alternativschulen, wie z. B. den Waldorfschulen, den Montessorischulen, der Glockseeschule in Hannover oder Schulen, die sich den pädagogischen Prinzipien von Freinet oder Freire verschrieben haben. Gemeinsam ist all diesen Modellen, so jedenfalls die Sicht der hessischen Grünen, daß sie „dem Menschen die Freiheit geben, sich zu entfalten wie es jede Wildpflanze darf, anstatt für irgendwelche Fähigkeiten als Rädchen im Getriebe der Gesellschaft präpariert zu werden“<sup>12</sup>). Anklänge an Rousseau sind hier nicht zu verkennen. Alle programmatischen Schriften der Grünen bekennen sich mehr oder minder euphorisch zu diesen Schulen als möglichen langfristigen Zielmodellen. Der Wunsch nach einer Schule ohne Wettbewerb und Leistungsorientierung, nach Lernen ohne Hierarchie, ohne Zensuren, ohne Auslese, in kleinen überschaubaren, auch jahrgangsübergreifenden, selbstorganisierten und selbstbestimmten Lerngruppen, findet hier ihren sinnfälligen Ausdruck.

### *3. Schulstrukturen und Schulorganisation*

Im Politikverständnis der Grünen bildet die Forderung nach Basisdemokratie einen wichtigen Grundpfeiler. Verstöße gegen basisdemokratische Prinzipien gelten deshalb als besonders schwerwiegender Sündenfall. Entsprechend massiv richtet sich die Kritik der Grünen auf die bestehenden Schulstrukturen. Beklagt wird vor allem die „obrigkeitsstaatliche Organisation“ des Schulwesens, wie auch die „Gängelung von Lehrern und Schülern durch die Kultusbürokratie und die Schulaufsichtsbehörden.“ Dem stellen die Grünen die Trias von Entbürokratisierung, Demokratisierung und Dezentralisierung gegenüber. „Die grüne Schule ist frei und selbstverwaltet“, heißt es entsprechend im Landesprogramm des Saarlandes<sup>13</sup>). Eine ähnliche Tendenz signalisiert ein rheinland-pfälzisches Flugblatt anlässlich der kürzlich stattgefundenen Landtagswahl mit dem vielsagenden Titel: „Aus der Schule des Zwangs in die Schule der Freiheit“.

Was bedeutet diese Trias nun konkret für grüne Zielvorstellungen von Schule? Zunächst, daß die Entscheidungskompetenzen vor Ort erheblich gestärkt werden sollen. Die staatliche Schulaufsicht soll langfristig abgeschafft werden. Alleiniger Träger öffentlicher Schulen sollen künftig einzig die Gemeinden sein. Wunschziel grüner Schulpolitik ist die dezentralisierte, für jedermann jederzeit rund um die Uhr offene Stadtteilschule, die als politisches und kulturelles Zentrum eng mit den lokalen Gegebenheiten und Aktivitäten verflochten ist. Weil Schulen überschaubar und wohnungsnah sein sollen, sind die Grünen auch für die Beibehaltung der Dorfschulen. An die Stelle zentralistischer Lehrpläne möchten die Grünen nur sehr allgemein gehaltene, zudem, wie es heißt, „demokratisch“ zustande gekommene Rahmenrichtlinien setzen,

die höchstens Grobziele definieren, deren konkrete inhaltliche und methodische Auffüllung und Realisierung aber den Schülern und Lehrern vor Ort überlassen bleiben sollen<sup>14</sup>). Zu den basisdemokratischen Rechten gehören ferner die freie Schulleiterwahl, die drittelparitätische Besetzung aller wichtigen schulischen Gremien sowie die Ausweitung der schulischen Mitwirkungsrechte der Eltern. Demokratisierung beinhaltet auch den weitgehenden Abbau von Schulstrafen und Ordnungsmaßnahmen, die als Relikt überholter obrigkeitstaatlicher Traditionen gelten. Letzteres gilt auch für die allgemeine Schulpflicht, deren zumindest langfristige Abschaffung eine Reihe von Landesverbänden offen postuliert. Demokratisierung heißt für die Grünen auch Zulassung und Förderung freier politischer Aktivitäten in der Schule. Dazu gehören u. a. die Ausweitung der Rechte der SMV, die mehr sein soll als ein „pseudodemokratischer Sandkasten“. Konkret heißt dies, alle Schülervvertretungen sollen ein politisches Mandat erhalten, wobei dieses durch ein imperatives Mandat auch basisdemokratisch abgesichert werden soll. Weiter fordert man eine freie Schülerpresse, natürlich ohne jegliche Zensur, sowie letztendlich auch ein uneingeschränktes Streikrecht der Schüler. Die Kritik der Schulstrukturen zieht eine solche der Schulorganisation zwangsläufig nach sich. Kritisiert wird zunächst die überlieferte Dreigliedrigkeit des Schulwesens mit ihrer Betonung von Leistungsdifferenzierung und sozialer Auslese. Nach Auffassung der Grünen ermöglicht nur die Einheitsschule die Gleichheit der Bildungschancen. Das Bundesprogramm und praktisch alle Landesprogramme befürworten so ein einheitlich integriertes Schulwesen bis zur zehnten Schulklasse. Durchgängig ist auch die organisatorische Zweigleisigkeit, wengleich hier länderspezifische Nuancen ins Auge fallen. Für die öffentlichen Schulen gilt die integrierte Gesamtschule als einheitliches Zielmodell. Sie wird meist als alleinige Regelschule, teils aber auch als Angebotsschule gefordert. Dabei bemüht man sich um scharfe Distanz zur Gesamtschulpolitik der SPD-regierten Bundesländer. Zum einen wirft man der SPD den Bau zentralistischer Mammutschulen vor, zum anderen unterstellt man den Sozialdemokraten, sie hätten mit der Einführung von ABC-Kursen den Auslese- und Selektionscharakter des traditionellen Schulsystems wieder etabliert. Ziel der Grünen bleibt die Gründung neuer, jedoch kleiner und überschaubarer Gesamtschulen, die ein strikt egalitäres Prinzip mit einer sinnvollen individuellen Förderung in Einklang bringen sollen. Als zweite Schiene neben den Gesamtschulen sollen die in freier Trägerschaft stehenden Alternativschulen mit staatlicher finanzieller Förderung ausgebaut werden. Hierbei kritisieren die Grünen die, wie sie sagen, schikanöse Genehmigungs- und Ablehnungspraxis der einzelnen Kultusministerien. Diese Modellschulen sollen auch den staatlichen Schulen, d. h. also auch den Gesamtschulen, als Vorbild und Richtschnur für künftige Schulreformen dienen. Allerdings läßt sich hier keine präzise inhaltliche Alternative festmachen. Prinzipiell ist es offensichtlich so, daß jedes alternative

Schulmodell, sofern es nur aus der Unzufriedenheit der Eltern mit der staatlichen Schule heraus entwickelt wird, zu unterstützen ist<sup>15</sup>).

In aller Kürze wären abschließend noch drei organisationsrelevante Forderungen der Grünen zu benennen. Die Oberstufe der Gymnasien soll im Sinne ganzheitlicher und egalitärer Zielvorstellungen mit der beruflichen Bildung verschmolzen werden. Diesem integrativen Konzept zufolge, das seine Affinität zur Kollegscheule in Nordrhein-Westfalen auch nicht leugnet, sollen die Schüler von Klasse 11 bis 13 zugleich das Abitur und den Gesellenbrief erwerben können. Jeder soll dadurch das gleiche Recht auf eine mindest dreizehnjährige Ausbildung, jeder Berufstätige ein Anrecht auf ein Studium erhalten. Zweitens soll die grüne Schule eine Ganztagschule mit einem breitgefächerten Nachmittagsangebot sein. Die Eltern sollen dadurch von schulischen Betreuungsaufgaben weitgehend befreit werden. Auch die Freizeitgestaltung wird Sache der Schule. Schließlich wollen die Grünen auch jegliche Sonderschuleinrichtungen abschaffen, denn „gemeinsam mit Behinderten lernen“ statt Aussonderung, lautet ein häufig zitiertes Motto, das das Bemühen der Grünen um eine integrative Pädagogik auch in diesem Bereich unterstreicht.

## **II. Hochschulpolitik**

Ähnlich wie in der Schulpolitik geht es den Grünen auch in der Hochschulpolitik um eine möglichst nahtlose Übersetzung der drei Grundprinzipien: ökologisch, basisdemokratisch und sozial.

Im Hinblick auf das Ziel einer ökologisch-humanen Gesellschaft halten sie einen radikalen Umbau von Lehre und Forschung für unausweichlich. Hier müsse zunächst das Grundübel, nämlich die Abhängigkeit der Hochschulen von Wirtschaft und Industrie, beseitigt und deren Autonomie wiederhergestellt werden. Dies soll z. B. durch eine stärkere öffentliche und demokratische Kontrolle der Auftragsforschung, den Abbau der Drittmittelforschung, eine Aufstockung der öffentlichen Haushaltsmittel, sowie eine Abkehr von den „lebensfeindlichen Hochtechnologien“ bewirkt werden. Lehre und Forschung seien so auf ökologisch und sozial verträgliche Projekte und Themen, die sich an der Erhaltung der Lebensgrundlagen von Mensch und Natur orientieren, auszurichten. Als zukunftsrelevante Bereiche gelten z. B.: Umwelt, Frieden, Frauen, Alternativpädagogik, ganzheitliche Medizin oder alternativer Städtebau. Geistes- und Naturwissenschaften, heißt es, seien gleichberechtigt zu behandeln, wobei die Isolation der Fachbereiche durch interdisziplinäre Vernetztheit und fachübergreifende Studiengänge zu überwinden sei. Für alle Ausbildungsgänge wird verstärkter Praxisbezug, breites Allgemeinwissen statt Spezialistentum, Einphasigkeit und Vereinheitlichung gefordert. So soll z. B. nach den Vorstellungen der Grünen in Nordrhein-Westfalen die Lehrerausbil-

derung für die verschiedenen Schulstufen einheitlich und gleichrangig mit gemeinsamer Grundausbildung für alle Studenten erfolgen. Sie sollen mit „pädagogischer, politischer, gesellschaftswissenschaftlicher Auseinandersetzung mit Kindheit, Jugend und den Strukturen pädagogischer Institutionen“ verbunden sein<sup>16</sup>).

Für die Grünen ist der Erfolg dieser inhaltlichen Reformen aber untrennbar mit einer Demokratisierung und Dezentralisierung der Strukturen verknüpft. Die „repressiven“ Hochschulgesetze seien deshalb mit dem Ziel von mehr hochschulinterner Autonomie und Selbstbestimmung total zu revidieren. Die „Professoren-Hierarchie“ solle beseitigt, die Personalstruktur auf drei Gruppen beschränkt (Arbeitnehmer mit Lehraufgaben, Arbeitnehmer ohne Lehraufgaben, Studierende) und in allen Gremien die Drittelparität eingeführt werden. Zur Entscheidungsfindung wird die Einführung des Konsensprinzips empfohlen, wobei die drei Gruppen „gleichberechtigte Teilnehmer am Wissenschafts- und Forschungsprozeß“ sein sollen<sup>17</sup>). Den Studenten soll sogar das Recht zugestanden werden, außerhalb des regulären Hochschulangebots selbstorganisierte Projektstudien oder Projektforschungen durchzuführen, die zugleich als Studienleistungen anerkannt werden. In dieses Bild einer autonomen Studentenschaft fügt sich schließlich auch die Forderung nach Wiedereinführung der verfaßten Studentenschaft mit uneingeschränktem politischen Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit.

Als besonders wichtiger Prüfstein für Demokratisierung und Chancengleichheit gilt schließlich auch die Frauenfrage. In Nordrhein-Westfalen will man deshalb Frauenstudien und Frauenforschung als eigenständige interdisziplinäre Studien sowie als Begleitforschung in den Studien- und Prüfungsordnungen verankert wissen<sup>18</sup>). In Bayern fordern die Grünen sogar eine autonome Hochschule für Frauen. Häufig angeführte Forderungen sind ferner: Geschlechterparitätische Besetzung aller Positionen im wissenschaftlichen Bereich und in den Berufungskommissionen. Aufstellung von Frauenförderungsplänen, Einrichtung von Frauenkommunikationszentren, Frauendiskriminierungskontaktstellen sowie von Kindertagesstätten an jeder Hochschule. Mit der Frauenfrage ist zugleich die soziale Dimension als drittes grünes Grundprinzip angesprochen. Allgemeingut sind hier z. B. folgende Forderungen: Rücknahme der BAFÖG-Beschlüsse, weiterer Ausbau der Hochschulen, Erleichterungen bei den Prüfungsbedingungen oder Verzicht auf Regelstudienzeiten. Ganz besonders liegt den Grünen hier aber ihr Konzept einer „offenen“ Hochschule am Herzen. Dies kommt auch in dem erweiterten Grundsatz der „Einheit von Forschung, Lehre und Lebenspraxis“ zum Ausdruck. Dadurch soll einerseits der elitäre Elfenbeinturm der Hochschulen zerbrochen und diese für alle gesellschaftlichen Schichten geöffnet, andererseits aber auch im Sinne der Einheit von Theorie und Praxis eine stärkere Einbindung praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten aus dem breiteren gesellschaft-

lichen Umfeld der Hochschulen angestrebt werden. Die Grünen plädieren deshalb nicht nur für den Ausbau des zweiten Bildungsweges und eine umfassende Indienstrategie der Hochschulen für jegliche Weiter- und Erwachsenenbildung. Darüber hinaus fordern sie Zugangserleichterungen, die es jedem Berufstätigen unter Berücksichtigung entsprechender Berufsqualifikationen gestatten sollen, auch ohne Abitur ein reguläres Studium aufzunehmen. Die Hamburger Grünen verlangen sogar, daß es jedermann möglich sein sollte, „für eine befristete Zeit an der Hochschule ein eigenes Forschungsprojekt durchzuführen, sofern er/sie keine eigenen Mittel dazu hat“<sup>19</sup>). Auch sollen Lehraufträge an Personen ohne akademische Titel nur aufgrund von beruflicher Erfahrung vergeben werden können. Schließlich fordern die Grünen auch einen permanenten gesellschaftlichen Diskussionsprozeß, damit Lehre und Forschung transparent gemacht und einer möglichst breiten und umfassenden demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung seitens der Bevölkerung unterzogen werden können.

### III. Kritik in Thesenform

#### A) Schule und Schulpolitik

1) *Fehlende Objektivität*: Vieles, was die Grünen fordern, klingt durchaus vernünftig und plausibel: Ganzheitliches Lernen, Praxisbezug, Lernen in überschaubaren Einheiten, Dezentralisierung und Entbürokratisierung. Problematisch ist allerdings die kompromißlose Radikalität der Positionen, die fehlende Differenziertheit und Objektivität der Betrachtung, die ungezügelte Polemik, die sich als einseitige Schwarz-weiß-Malerei präsentiert und damit vorab die Seriösität der eigenen Aussagen selbst in Frage stellt.

2) *Fehlendes Menschenbild*: Jedes in sich schlüssige Erziehungskonzept, jede systematische Erziehungstheorie gründet auf der Vorgabe eines ausformulierten Menschenbildes. So gibt es ein christliches Menschenbild, ein marxistisches oder ein solches, das z. B. in der Philosophie der Aufklärung wurzelt. Ein grünes Menschenbild ist dagegen, selbst in Umrissen, nicht erkennbar. Es gibt hierzu nur bescheidene, höchst kümmerliche Ansätze, so etwa im Bildungsprogramm der Grünen in Bayern aus dem Jahre 1985<sup>20</sup>). Jeder Versuch, ein einheitliches grünes Menschenbild zu komponieren, muß schon am Buntcharakter, an den internen ideologischen Differenzen und Verschiedenheiten scheitern. Insofern bleibt auch ein systematisches grünes Erziehungs- und Bildungskonzept eine uneinlösbare Utopie.

3) *Inkonsistenzen und Widersprüche*: Das Schulkonzept der Grünen erweist sich als ein bunter Flickenteppich, in dem nach dem ideologischen Steinbruchprinzip sehr unterschiedliche Zielsetzungen, Inhalte oder Ideologismen ohne Rücksicht auf Vereinbarkeit, ohne Rücksicht auf ihren ursprünglichen systematischen Begründungszusammenhang in eklektischer Weise zusammengemixt werden. Schon ein Blick auf die Lernziele und Lerninhalte zeigt, daß hier basisdemokratische, rätesozialistische, anarchistische, neomarxistische, ökologische, pazifistische, agrarromantische, feministische, anthroposophische und konservative Vorstellungen eine in sich widersprüchliche Mischung eingegangen sind. Dieser Wirrwarr läßt sich aber nicht nur innerhalb der drei analysierten Teilbereiche nachweisen, sondern auch im Verhältnis derselben untereinander. So gibt man sich z. B. im Bereich der Schulorganisation strikt sozialistisch egalitär, ja uniformistisch, andererseits plädiert man im Bereich der Unterrichtsgestaltung für die totale Freiheit und Beliebigkeit. Dabei verkennt aber der Wunsch, beides, nämlich Freiheit und Gleichheit, gleichzeitig zu maximieren, das unauflösbare Spannungsverhältnis zweier im Kern gegensätzlicher Intentionen.

4) *Erziehung und Egozentrik*: Höchst problematisch ist auch die weitgehende Vernachlässigung der sozialetischen Dimension. Bekenntnisse zu Solidarität oder Toleranz sind zumeist politisch-ideologisch gefärbt oder haben eher leerformelhaften Alibicharakter. Im Zentrum grüner Schulpolitik steht vielmehr das Ziel unbegrenzter individueller Selbstenfaltung und Selbstverwirklichung. Das Lustprinzip tritt an die Stelle des Leistungsprinzips, statt von Pflichten ist nur von Rechten die Rede. Die Schule erscheint als Selbstbedienungsladen, in dem Lernen zur reinen Unterhaltung wird. Die Maximierung von Wunsch- und Anspruchsdenken nach dem Motto, „wir wollen alles und zwar subito“, mündet so in einen rein subjektivistischen Interessenspositivismus, in dem Tüchtigkeit als Erziehung zum wohlverstandenen Eigennutz, zum klugen Egoismus, zur puren Permissivität verstanden wird.

5) *Realitätsverlust*: Bezeichnend für das grüne Schulkonzept ist ferner dessen Mangel an Realitätsgehalt. Dies zeigt sich in der Vermittlung eines einseitigen Zerrbildes von Staat, Wirtschaft und Industriegesellschaft. Real in diesen Bereichen und in der Industriegesellschaft vorhandene und durchaus sehr ernst zu nehmende Probleme werden bewußt überzeichnet und dazu benutzt, um apokalyptische Ängste und spezifische Betroffenheitssyndrome zu erzeugen, die zum pädagogischen Instrument einer moralistischen Entrüstungsethik gegen das System als Ganzes umgeschmiedet werden. Unrealistisch ist auch die angestrebte Zweigleisigkeit von staatlichen Gesamtschulen als Regelschulen und privaten Alternativschulen, sofern man sie vor dem Hintergrund des postulierten egalitären Prinzips betrachtet. Die sich in der bisherigen

Praxis fast durchweg bestätigende Erfahrung, daß die Alternativschulen elitäre Mittelschichten anziehen, Arbeiterkinder aber außen vor bleiben, führt nämlich über die Hintertür zu neuen sozialen Selektionsmechanismen. Ebenso würde auch die langfristig angestrebte Abschaffung der allgemeinen Schulpflicht zu einer Deprivilegierung speziell der unteren Sozialschichten führen. Schließlich scheint auch die Finanzierbarkeit des Schulwesens für die Grünen kein reales Problem zu beinhalten, denn offensichtlich sind nicht nur immaterielle, sondern materielle Güter unbegrenzt und kostenlos jederzeit verfügbar. Jedenfalls klammern alle bildungspolitischen Schriften der Grünen das Finanzierungsproblem schlicht und einfach aus. Wo es dennoch angesprochen wird, etwa im Zusammenhang der allseits geforderten Aufhebung des Einstellungsstops bei Lehrern, heißt es dann, wie bei den Grünen in Rheinland-Pfalz, daß das Geld „hierfür unschwer aus den Subventionen und Steuergeschenken für Großunternehmen, aus der Förderung von neuen Technologien in Wirtschaft und Bildung, dem medienpolitischen Etat sowie aus offenen und verdeckten Rüstungsausgaben entnommen werden“ könnte<sup>21</sup>).

6) *Unberechenbarkeit und Politisierung*: Zu bedenken sind schließlich auch sonstige pädagogische bzw. politische Auswirkungen. Grüne Schulpolitik führt schulintern zu einer allgemeinen Hysterisierung, zu Unberechenbarkeit und Chaos innerhalb des pädagogischen Betriebs selbst. Die angestrebte Ganztagschule mit ihrem integrativen Konzept von Schule und Freizeit, das Schule zum Hauptbestandteil der Lebenswelt des Schülers werden läßt, beschwört zudem die Gefahr einer Totalpädagogisierung und einer Entfremdung gegenüber der Familie herauf. Die lautstark proklamierte „Entschulung“ der Schule führt deshalb nicht zu weniger, sondern nur zu mehr anderer Schule. Daß die Schule zudem für politische Gruppierungen und politische Aktivitäten geöffnet werden soll, hat vor dem Hintergrund einschlägiger hochschulpolitischer Erfahrungswerte in der Vergangenheit ebenfalls Signalcharakter. Über die natürlich im Sinne grüner Zielvorstellungen „richtige“ Politisierung der Schule soll diese als Vehikel für radikalen Systemwandel mißbraucht werden. Schule wird zum Medium auf dem Weg zur einer nur dürftig verschleierte sozialistischen Ökodiktatur, die mehr Obrigkeits- und Autoritätscharakter haben dürfte als die vielgeschmähte traditionelle Schule. Insofern fällt deshalb der Vorwurf der Funktionalisierung der Schule voll auf die Grünen zurück.

## B) Hochschule und Hochschulpolitik

1) *Ökonomisch-ökologische Kurzsichtigkeit*: Die Forderung der Grünen nach strikter Entflechtung und gegenseitiger Isolierung von Wirtschaft und Hochschulwesen ist wirklichkeits- und praxisfremd. Angesichts leerer öffentlicher

Kassen würde sie auch dazu führen, daß nicht nur im naturwissenschaftlichen, sondern auch im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich enorme Kapazitäten brach liegen würden. Langfristig wäre damit für die Hochschulen ein Bedeutungsverlust, ein Absinken ins absolute Mittelmaß verbunden. Daneben läuft die mit der Absage an zukunftssträchtige Hochtechnologien verknüpfte Forderung nach primärer Ausrichtung der Forschung an Alternativprogrammen nicht nur auf einen Verlust der wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit hinaus, sie bedeutet langfristig auch den Ausstieg aus der Industriegesellschaft. Damit wären aber nicht nur die von den Grünen so in den Vordergrund gerückten Aufgaben des Umweltschutzes und der Entwicklungshilfe nicht mehr finanzierbar, vielmehr würden sich aus dem unvermeidbaren drastischen Absinken des allgemeinen Wohlstandsniveaus – auf das die Grünen in ihrer Mehrzahl auch nicht verzichten wollen, das sie aber als naturgesetzliche Selbstverständlichkeit voraussetzen – weitere Folgen ergeben: Zusammenbruch des Netzes der sozialen Sicherheit, massive Verschärfung der Arbeitslosigkeit, Zunahme sozialer Verteilungskämpfe, politische Radikalisierung verbunden mit einer existentiellen Gefährdung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

2) *Problematische „Demokratisierung“*: Unter Demokratisierung verstehen die Grünen die möglichst weitgehende Egalisierung und Nivellierung der Einflußchancen im Hinblick auf die verschiedenen Hochschulgruppen. Dazu dienen z. B. die Forderungen nach Drittelparität, Neuordnung der Personalstruktur und Gleichberechtigung aller im Forschungsprozeß. Primäres Ziel ist hier vor allem die Degradierung der Professoren zu „Arbeitnehmern mit Lehraufgaben“, wie sie übrigens selbst in einem sozialistischen Land völlig undenkbar wäre. Das Kriterium sachlicher Kompetenz würde so durch das der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe ersetzt. Die Folge wäre nicht nur eine bedenkliche Auflösung von Funktionen und Verantwortlichkeiten, es käme auch zu einem enormen Absinken des akademischen Niveaus und zu einer den Hochschulbetrieb auf allen Ebenen lähmenden Politisierung. Zudem führte die Anwendung des Konsensprinzips zu endlosen Debatten und zur Entscheidungsunfähigkeit in den Gremien. Schließlich wäre auch mit der Einführung des politischen Mandats nach bekanntem Muster die Radikalisierung politischer Minderheiten, die eine unpolitische Mehrheit dominieren, verknüpft.

3) *Fragwürdige Chancengleichheit*: Auch die „Frauenfrage“ soll gelöst werden, indem sachliche und funktionale Kriterien durch soziale ersetzt werden. Eine sexistische Hochschulpolitik mit Quotenregelungen und Geschlechterparitäten in den Gremien führt aber nicht nur zu sach- und leistungsfremden Auswahlkriterien mit entsprechendem Niveauverlust, sie schafft auch neue soziale Ungerechtigkeiten. Dem Gleichheitsgrundsatz könnte vielmehr dadurch eher

entsprochen werden, daß bei Vorliegen gleicher Qualifikation weibliche Bewerber vor männlichen den Vorzug erhalten. Aus Gründen der Qualität wird man aber auch das Konzept der „offenen“ Hochschule mit Skepsis betrachten müssen. Eine größere Offenheit gegenüber Bevölkerung und Lebenspraxis bleibt zwar eine dauernde Aufgabe, doch führt der Anspruch, jeder Berufstätige müsse im Prinzip studieren oder gar forschen können, zur Verwässerung des Hochschulcharakters. Die Hochschulen entsprächen dann bestenfalls einer neuen Art von Volkshochschulen, was das von den Grünen so beklagte Problem der Massenuniversität nur noch verschärfen würde, abgesehen davon, daß auch hier nicht angegeben wird, woher eigentlich die erforderlichen Gelder kommen sollen.

## Anmerkungen

- 1) GAL – Hamburg, Wahlprogramm 86 – Kultur und Emanzipation, Hamburg 1986, S. 1.
- 2) Berücksichtigt wurden neben dem Bundesprogramm sämtliche Landesprogramme der Grünen. An spezifisch schulpolitischen Publikationen wurden herangezogen: L. v. Dick, H. Keese-Philipps, U. Preuss-Lausitz (Hrsg.), Ideen für grüne Bildungspolitik, Weinheim und Basel 1986; C. Hornig, W. Wagner, Grüne Alternativen zur Bildungspolitik – Diskussionsstand, Ansätze und Dokumente, Bad Bentheim 1983; R. Jürgens-Pieper, W. Pieper, J. Tatz, Eine Schule für alle. Herausgegeben von der Landesarbeitsgemeinschaft Schule, Landesverband Niedersachsen, Hannover 1986; Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, Parlamentarische und unparlamentarische Vorstöße in der Bildungspolitik, Schulen können anders sein, Stuttgart, 2. Auflage 1986; Landesarbeitskreis Schule – Die Grünen Baden-Württemberg, Ökologie und Lernen, Plädoyer für eine ökologisch begründete Schulreform, Stuttgart 1986; Landesarbeitskreis Bildung – Wissenschaft – Kultur der Grünen in Bayern (Hrsg.), Zur grünen Bildungspolitik – Diskussionsbeiträge, München 1986; Die Grünen (Hrsg.), Alles verändert sich, wenn du es veränderst. Broschüre zur Jugendpolitik, Bonn 1987.
- 3) Die Grünen – Hessen, Landesprogramm, Frankfurt, o. J., S. 113.
- 4) J. Dörmann, C. Eurich, Neue Technologien und Bildungsprozesse, in L. v. Dick u. a., Ideen für grüne Bildungspolitik, a. a. O., S. 134.
- 5) Die Grünen, Das Bundesprogramm, Bonn, o. J., S. 40.
- 6) Ebenda.
- 7) Die Grünen Rheinland-Pfalz, Demokratische Bildungsreform. Aus der Schule des Zwangs in die Schule der Freiheit, Flugblatt zur Landtagswahl 1987.
- 8) Alternative Liste Berlin, Wahlprogramm der Alternativen Liste, Berlin 1985, S. 261.
- 9) Das., S. 265.
- 10) Das., S. 248.
- 11) Die Grünen, Das Bundesprogramm, a. a. O., S. 40.
- 12) Die Grünen – Hessen, a. a. O., S. 114.
- 13) Die Grünen Saar, Landesprogramm '85, Saarbrücken, o. J., S. 71.
- 14) Landesarbeitskreis Schule. Die Grünen Baden-Württemberg, Ökologie und Lernen, a. a. O., S. 37.
- 15) Michael Treder, Gibt es eine grün-alternative Schulpolitik? In: Westermanns Pädagogische Beiträge, 2, 1983, S. 98.
- 16) Die Grünen – Nordrhein-Westfalen, a. a. O., S. 426.
- 17) Das., S. 423.
- 18) Das., S. 424.
- 19) Die Grünen – Hamburg/GAL, a. a. O., S. 7.
- 20) W. Claß, Gibt es ein grünes Menschenbild, in: Landesarbeitskreis Bildung – Wissenschaft – Kultur der Grünen in Bayern (Hrsg.), Zur grünen Bildungspolitik, a. a. O., S. 9-11.
- 21) Die Grünen Rheinland-Pfalz, Flugblatt zur Landtagswahl 1987, a. a. O.

## Zur Person des Verfassers

Dr. Gerd Hepp, Professor für Politikwissenschaft und Didaktik der politischen Bildung, Pädagogische Hochschule Heidelberg.